

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Gipfel der NATO-Staats- und Regierungschefs am 11. und 12. Juli 2018 findet inmitten einer globalen sicherheitspolitischen Krise statt, die durch das Agieren der NATO und ihrer Mitgliedstaaten maßgeblich mit verursacht wurde. Auf die Herausforderungen der weltpolitischen Entwicklung der letzten vier Jahre, insbesondere die von ihren Mitgliedstaaten mit herbeigeführte Ukraine-Krise, die völkerrechtswidrige Aufnahme der Krim in die russische Föderation, die verheerenden Kriege in Syrien und im Jemen und die Ausbreitung des islamistischen Fundamentalismus, kennt die Allianz nur eine Antwort: militärische Eskalation. Auch das verantwortungslose Agieren der USA im Hinblick auf das Iran-Abkommen repräsentiert in diesem Hinblick keine Änderung dieser westlichen Strategie, sondern nur einen weiteren Eskalationsschritt. Die Staaten der Allianz sind bis zum heutigen Tage unfähig anzuerkennen, dass diese Strategie keine Sicherheitsprobleme löst, sondern nur gefährliche neue schafft. Die Ressourcen für die mit dieser Strategie verbundene Aufrüstung sollen die Steuerzahler*innen in den Mitgliedstaaten aufbringen, die immer rüder an das Versprechen ihrer Staats- und Regierungschefs erinnert werden, 2 Prozent ihres Brutto-Inlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies eine Verdopplung des jetzigen Militäretats auf ca. 70 Mrd. Euro – Gelder, die v. a. bei der Bekämpfung von Fluchtursachen oder der Finanzierung von sozialen Belangen fehlen. Die auf dem Gipfel zu diskutierenden Pläne sind als weitere Schritte in die gleiche Richtung zu bewerten. Sie sehen vor, die militärische Präsenz der NATO und der USA in Osteuropa weiter auszubauen. Nicht nur wird die rotierende Stationierung (die de facto eine dauerhafte ist) von vier Panzerbataillonen im Rahmen von „Enhanced Forward Presence“ in Polen und den Baltischen Staaten weitergeführt: Obwohl die NATO Response Force seit dem Wales-Gipfel 2014 bereits auf bis zu 40 000 Soldaten verdreifacht wurde, verlangen die USA jetzt unter dem Label „four thirties“, dass die

NATO weitere 30 Bataillone, 30 Kampfflugzeugstaffeln und 30 Kriegsschiffe innerhalb von 30 Tagen an der NATO-Ostflanke in Einsatzbereitschaft haben soll. Dieser Aufmarsch soll nun durch eine Erweiterung der NATO-Kommandostruktur abgesichert werden: Geplant sind u. a. ein neues Zentrum zum Einstieg der NATO in die Cyberkriegsführung, und ein neues Hauptquartier zur Organisation der transatlantischen maritimen Logistik. Insbesondere aber soll in Ulm – in der Bundesrepublik Deutschland – ein Logistik-Hauptquartier der NATO errichtet werden, das die Transportkapazitäten der Staaten beim Aufmarsch Richtung Osten koordinieren soll. Darüber hinaus planen die USA im Rahmen ihrer bilateralen Militärpräsenz in Osteuropa nun auch noch eine zusätzliche Panzerbrigade permanent in Polen zu stationieren, ein provokativer Schritt, der die NATO-Russland-Grundakte nun auch im Wortlaut verletzen würde. Auch umfangreiche Ausstattungs- und Trainingsprogramme verschiedener NATO-Staaten für die Ukraine werden weitergeführt. Die Etablierung einer „Permanent Structured Cooperation (PESCO)“ innerhalb der EU zeigt das Bestreben nunmehr auch der EU, die Wahrnehmung von „Verantwortung in der Welt“ primär militärisch zu definieren. Als Instrument einer „effektiveren europäischen Verteidigungspolitik“ beider Bündnisse soll hier u. a. die Verkehrsinfrastruktur der EU- und NATO-Staaten für die Militärlogistik so modernisiert werden, dass Verlegungen von Kriegsgüter in Richtung Osten künftig noch schneller und massiver vorgenommen werden können.

Die Eskalation im konventionell-militärischen Bereich wird begleitet durch die Zuspitzung der Lage im nuklearen Bereich, unter anderem dem Festhalten der NATO an der Option eines atomaren Erstschlags. Auch hier sind die USA Antreiber der Entwicklung: Einerseits wird die Modernisierung und Miniaturisierung der US-Atomwaffen auch in Deutschland (mindestens 20 Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel) umgesetzt. Zur gleichen Zeit soll die mit dem Raketensystem AEGIS Ashore ausgestattete Raketenbasis des Ballistischen Raketenabwehrsystems der NATO (NATO BMD) in Polen noch in diesem Jahr scharf geschaltet, und mit anderen Komponenten des globalen US-Raketenschilds verbunden werden. Russland sieht im Ausbau dieser Systeme eine Untergrabung seiner Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung. Nach gegenseitigen Vorwürfen wird deutlich, dass der INF-Vertrag, der 1987 alle landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen in Europa abschaffte, vor dem Kollaps steht. Hardliner aus dem US-Kongress nehmen dies bereits zum Anlass, eine Neustationierung atomarer Mittelstrecken der USA in Europa zu fordern. Mittlerweile gilt ebenso der New-Start-Vertrag über die Obergrenzen ballistischer Systeme und Sprengköpfe, dessen Verlängerung 2021 ansteht, als gefährdet. Alles dies hat die jahrelangen Bemühungen um Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung in Europa in eine tiefe und gefährliche Krise geführt.

Gleichzeitig verfolgen die NATO-Mitgliedstaaten im Nahen und Mittleren Osten, 15 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Invasion im Irak, noch immer eine interventionistische Politik. Viele NATO-Mitgliedsländer, die damals diesen Krieg ablehnten, lassen sich jetzt von den USA unter dem Dach der Allianz in deren Anti-Terror-Kriegsführung einbinden, darunter die Bundesrepublik Deutschland. Der NATO-Gipfel wird sich auch wieder zur Militärpräsenz in Afghanistan bekennen – ungeachtet des dort erreichten Rekordstands an zivilen Toten. Dabei ziehen unabhängige Wissenschaftler schon seit Jahren eine düstere Bilanz der sogenannten Anti-Terror-Kriege. Die Ärzteorganisation IPPNW bezifferte die Opferzahl der westlichen Militäreinsätze in Afghanistan, dem Irak und Pakistan allein für die ersten zehn Jahre nach 2001 auf mindestens 1,3 Millionen Menschen. Ein aktueller Bericht von Amnesty International konstatiert, dass fast 10 000 Zivilisten das jüngste militärische Vorgehen der US-geführten Koalition in Syrien (z. B. in Raqqa) und dem Irak (z. B. in Mossul) mit dem Leben bezahlten. Zielbestimmung, Kriterien und Exit-Strategien für diese Militärinterventionen werden in der NATO nicht debattiert. Unterdessen ermöglicht die Rechtsstellung von

NATO-Militärstützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland den USA in dieser Region auch weiterhin völkerrechtswidrige gezielte Tötungen durch bewaffnete Drohnen über ihren Stützpunkt Ramstein.

Während die Bundesregierung alle diese militärischen Entwicklungen mit vorantreibt, tut sie nichts, um einen Prozess der Entspannung und Vertrauensbildung in Europa unter Einbeziehung Russlands anzuschieben und in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens aktiv zu ziviler Konfliktbearbeitung beizutragen, so dass kriegerische Konflikte durch Friedensprozesse beendet werden können. Im Gegenteil: Die offensichtliche Eskalationsstrategie der USA wird – unter dem Banner der „Bündnistreue“ – durch die Teilnahme der Bundeswehr an den schnell einsetzbaren Offensiveinheiten VJTF und „Enhanced Forward Presence“ flankiert. Dafür soll die Bundeswehr jetzt explizit mit Verweis auf NATO-Planungsziele weiter aufgerüstet werden. Bis 2032 sollen drei Divisionen mit neuen Großwaffensystemen „vollausgestattet“ sein, wofür z. B. bis zu sechs neue Artilleriebataillone zusätzlich aufgebaut werden sollen. Unter dem Deckmantel dieser Entwicklungen baut sich die Bundeswehr als immer wichtigere Armee in Mitteleuropa auf, die – über den Framework-Nation-Ansatz – immer weitere Teile anderer europäischer Armeen unter deutsches Kommando nehmen kann. Dagegen bleiben die immer wieder beschworenen deutschen diplomatischen Initiativen zur Deeskalation der Lage – wie z. B. der „Strukturierte Dialog zum Neustart der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa“ weiter stecken, weil man nicht bereit ist, in solche Verhandlungen notfalls auch ohne die Unterstützung der USA einzutreten. Mit dem Einstieg in die Ausbildungsmission im Irak unterstützt die Bundesregierung zudem die Fortsetzung der brutalen sog. Anti-Terror-Kriegsführung im Nahen und Mittleren Osten, während sich die Bundesregierung seit Jahren weigert, eine umfassende und ehrliche Bilanzierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr vorzulegen. Sie unternimmt gleichzeitig keinerlei Schritte, um die Führung des völkerrechtswidrigen Drohnenkriegs der USA über Ramstein zu unterbinden. Die derzeitige Politik der Bundesregierung wird noch immer durch ein ungutes Zusammenspiel aus eigenen Großmacht-Ambitionen und NATO-Gefügigkeit bestimmt. Dies muss sich ändern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf dem NATO-Gipfel am 11. und 12. Juli 2018 und danach, das Ziel, 2 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts für das Militär auszugeben, für die Bundesrepublik Deutschland klar und öffentlich abzulehnen;
2. dort Einsätze der NATO „out of area“ generell abzulehnen und den umgehenden Rückzug der Allianz insbesondere aus Afghanistan und aus dem Irak zu fordern;
3. ebenso den Abzug aller militärischen Verbände der NATO von der Ostflanke des Bündnisses, inklusive der neuen US-Initiative „four thirties“, zu fordern, sowie ebenso die Rücknahme der Truppengestellungen durch NATO-Staaten unter bilateralen Verträgen;
4. die Doktrin der nuklearen Teilhabe für die Bundesrepublik Deutschland abzulehnen, und die USA zum sofortigen Abzug der in Büchel gelagerten Atomwaffen aufzufordern;
5. desgleichen die USA aufzufordern, das deutsche Staatsgebiet ab sofort nicht mehr für die logistische Unterstützung von Drohnenmissionen zu missbrauchen und den Militärstützpunkt Ramstein und das US-Hauptquartier Africom in Stuttgart baldmöglichst zu schließen;
6. sich auf dem NATO-Gipfel gegen die Herstellung der Full Operational Capability für den NATO-Raketenschirm (NATO BMD) auszusprechen und sich insbesondere gegen die Inbetriebnahme der Raketenbasis Redzikowo in Polen auszusprechen;

7. alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um dabei zu helfen, den Erhalt des INF- und des New-Start-Vertrags zu ermöglichen. Allen Gedankenspielen aus den USA, erneut US-amerikanische Atomraketen in Europa zu stationieren, muss die Bundesregierung eine Absage erteilen;
8. dem Gipfel im Hinblick auf die erneute Gefahr eines nuklearen Wettrüstens in Europa eine Erklärung vorzuschlagen, in der sich alle NATO-Staaten verpflichten nicht als erste Kernwaffen einzusetzen;
9. klar zu machen, dass die Bundesrepublik Deutschland der Aufnahme weiterer Länder in die Allianz nicht zustimmen wird und zu fordern, dass auch auf Serbien bezgl. einer NATO-Mitgliedschaftsperspektive kein weiterer Druck ausgeübt wird;
10. die derzeitigen NATO-Planungsziele für die Entwicklung der Landstreitkräfte in Europa explizit abzulehnen und eine Neufassung der Planungen zu verlangen, die auf einem Konzept der Deeskalation für Osteuropa beruht;
11. vorzuschlagen, mit einem neuen Planungsprozess die Grundlage für eine umfassende Abrüstung der militärischen NATO-Fähigkeiten und die Ersetzung der NATO durch ein kollektives System gegenseitiger Sicherheit zu schaffen, in dem Russland gleichberechtigt einbezogen ist;
12. die OSZE zu bitten, einen entsprechenden inklusiven Verhandlungsprozess zwischen den Staaten Europas vorzubereiten, z. B. durch eine neue Staatenkonferenz zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sowie
13. als ersten Schritt dahin den Ausstieg aus den militärischen Strukturen der NATO zu beginnen.

Berlin, den 26. Juni 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion